

# Niederschrift

## über die Sitzung des Seniorenbeirates am 26. Juli 2013

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Tagesordnung:

Tages- ordnung	Druck- sache
-------------------	-----------------

---

- |    |  |
|----|--|
| 1  | Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit  |
| 2  | Anerkennung der Tagesordnung   |
| 3  | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 31. Mai 2013  |
| 4  | Mitteilungen der Verwaltung  |
| 5  | Der Seniorenbeirat informiert  |
| 6  | „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“<br>Aktionsplan der Landesregierung zur Umsetzung der<br>UN-Behindertenrechtskonvention<br>Referentin: Caroline Niedermüller, Vertreterin des Ministeriums für<br>Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein–Westfalen |
| 7  | Kommunale Sozialberichterstattung: Bericht zur Lebenssituation von<br>Menschen mit Behinderung in Düsseldorf<br>Referentin: Susanne Kaufmann, Vertreterin des Amtes für Statistik<br>und Wahlen  |
| 8  | Maßnahmen zur Wahrung der Belange von Menschen mit<br>Behinderung, hier: Stand und Ergebnisse 2012<br>Referentin: Jutta Giersch, Leiterin der Abteilung für Senioren,<br>Behinderte und Pflegebedürftige im Amt für soziale Sicherheit und<br>Integration                    |
| 9  | Berichte aus den Stadtbezirken und Arbeitskreisen  |
| 10 | Bericht aus der Landesseniorenvertretung   |
| 11 | Verschiedenes<br>Bürgerfragerunde  |

**Anwesend:**

**Stimmberechtigte Mitglieder**

**Vertreter/innen der Stadtbezirke**

Frau Utke	Stadtbezirk 1
Herr Kückemanns	Stadtbezirk 3
Frau Sader	Stadtbezirk 6
Herr Schmidt	Stadtbezirk 8
Frau Werres	Stadtbezirk 10

**Vertreter/innen aus stationären Einrichtungen eines Verbandes  
der freien Wohlfahrtspflege (Heimbeirat)**

Herr Kloke	Deutsches Rotes Kreuz
Frau Stöckelmaier	Diakonie

**Vertreterin aus einer stationären Einrichtung in privater Trägerschaft  
(Heimbeirat)**

Frau Lucas	Sana Kliniken Düsseldorf GmbH
------------	-------------------------------

**Vertreter/innen der Ratsfraktionen**

Herr Egbers	CDU
Herr Schulz	SPD
Ratsherr Karen-Jungen	Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Suciu-Sibianu	FDP
Herr Piltz	FDP
Herr Ries	Freie Wähler

## **Beratende Mitglieder**

### **Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände**

Herr Wienß	Diakonie in Düsseldorf
Frau Schneider	Caritasverband
Frau Reitz	Deutsches Rotes Kreuz
Frau Loskamp	Der Paritätische
Ratsfrau Meyer	Integrationsausschuss

### **Vertreter/innen der Verwaltung**

Herr Zaic	Büro Oberbürgermeister
Herr Hintzsche	Dezernent 06
Herr Angermann	Dezernat 06
Frau Giersch	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Funda	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Strathen-Neuhäuser	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Henkel	Amt für soziale Sicherung und Integration

### **Stellvertretende Mitglieder aus den Stadtbezirken**

Herr Dr. Mühlen	Stadtbezirk 1
Herr Meier	Stadtbezirk 2
Herr Baumdick	Stadtbezirk 3
Herr Jungbluth	Stadtbezirk 6
Herr Barb	Stadtbezirk 8

### **Referentinnen**

Frau Niedermüller	Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
Frau Kaufmann	Amt für Statistik und Wahlen

### **Entschuldigt:**

Frau Göbels	Stadtbezirk 2
Frau Theuringer	Stadtbezirk 4
Herr von Richter	Stadtbezirk 4
Frau Schneider	Stadtbezirk 5
Herr Spiolek	Stadtbezirk 5

Ratsherr Janetzki

Frau Wiedemann

Herr Brajovic

Herr Schmidt

Herr Mayer

Herr Syska

Herr Maus

Frau Willwer

Frau Sarner

Frau Laqua

Herr Buschhausen

Herr Dölling

Frau Rohstock

CDU-Ratsfraktion

Bündnis 90 / Die Grünen

Linksfraktion

Freie Wähler

Arbeiterwohlfahrt

Arbeiterwohlfahrt

Diakonie

Caritasverband

Jüdische Gemeinde

Büro für die Gleichstellung von Frauen und  
Männern

Amt für soziale Sicherung und Integration

Amt für soziale Sicherung und Integration

Geschäftsstelle des Seniorenbeirates

## **1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Kückemanns begrüßt die anwesenden Mitglieder des Seniorenbeirates und der Verwaltung sowie die Referentinnen und Gäste der Sitzung. Er spricht Frau Werres zu ihrem heutigen Geburtstag die Glückwünsche des Seniorenbeirates aus und erinnert daran, dass Herr Osterland in der vergangenen Woche 75 Jahre alt geworden sei und Frau Schreiber das Bundesverdienstkreuz erhalten habe. Des Weiteren weist er darauf hin, dass die Netzwerke ihr 20-jähriges Bestehen gefeiert hätten. Er entschuldigt Abwesende und stellt im Anschluss die Beschlussfähigkeit des Seniorenbeirates fest.

## **2. Anerkennung der Tagesordnung**

Die Mitglieder des Seniorenbeirates erkennen die Tagesordnung einstimmig an.

## **3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 31. Mai 2013**

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form genehmigt.

## **4. Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Beigeordneter Hintzsche berichtet, dass im September 2013 zum vierten Mal die Aktionswochen Demenz stattfinden würden. Das Demenz-Servicezentrum für die Region Düsseldorf sei Organisator der Veranstaltungsreihe. Der Schwerpunkt liege diesmal auf „Prävention und Aktivität bei Demenz“.

Das Motto der Veranstaltungen im Rahmen der Aktionswochen laute „Rezepte für mehr Lebensfreude“.

Die über 100 Veranstaltungen würden Lesungen, Filme, Theaterstücke, Ausstellungen, Gottesdienste, Kreativangebote, Fachtagungen und Vorträge beinhalten und sich an Menschen mit Demenz, betreuende und pflegende Angehörige, professionell Helfende, Ehrenamtliche und Ärzte richten. Es würden vielfältige Möglichkeiten geboten, sich mit dem Krankheitsbild „Demenz“ auseinanderzusetzen.

Das Programmheft mit allen Veranstaltungen könne beim Demenz-Servicezentrum unter 0211.89-2 22 28 oder demenz-servicezentrum@duesseldorf.de kostenlos bestellt oder auf der Internetseite [www.demenz-service-duesseldorf.de](http://www.demenz-service-duesseldorf.de) eingesehen werden.

Die Auftaktveranstaltung der Veranstaltungsreihe finde am Montag, 2. September, von 11 bis 12 Uhr im Klosterhof des Maxhauses, Citadellstraße 2, statt. Es sollen bekannte Lieder und italienische Arien von Mozart, Verdi, Offenbach und vielen mehr gespielt werden. Eine vorherige Anmeldung beim Demenz-Servicezentrum sei erforderlich.

## **5. Der Seniorenbeirat informiert**

Herr Jungbluth berichtet zur einheitlichen Behördennummer „115“, die bundesweit ohne Vorwahl montags bis freitags in der Zeit von 8 bis 18 Uhr erreichbar sei. Er selbst habe den Service getestet und gibt an, mit dem Ergebnis überaus zufrieden zu sein. Die Nummer sei zum Ortstarif erreichbar. Auch bei einem Anruf vom Handy würden die Kosten in der Regel von vorhandenen Pauschaltarifen abgedeckt.

Er weist außerdem darauf hin, dass bei telefonischen oder online angebotenen Vertragsverlängerungen Vorsicht geboten sei.

Abschließend erinnert Herr Jungbluth daran, dass vom 25. bis zum 28. September in der Messehalle 3 die Rehacare stattfinden werde.

Die Folienpräsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Frau Giersch ergänzt die Informationen von Herrn Jungbluth.

Sie berichtet, dass die Messe SeniorA nicht wie geplant am 25. und 26. September

in Düsseldorf stattfinden werde. Da die Mindestteilnehmerzahl von Anmeldungen nicht erreicht worden sei, sähen die Veranstalter sich nicht in der Lage, die Messe in angemessener Weise durchzuführen. Auf Nachfrage macht sie deutlich, dass die Messeveranstalter sich ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit im Vorfeld bedankt hätten. Sie zitiert das maßgebliche Schreiben und spricht die Vermutung aus, dass den Betreibern unter den gegebenen Umständen das finanzielle Risiko zur Durchführung der Messe zu hoch gewesen sein könne.

Herr Kückemanns weist darauf hin, dass die Absage auch eine Entlastung für die freiwilligen Helferinnen und Helfer mit sich bringe.

Frau Giersch weist außerdem auf die bevorstehende Veranstaltungsreihe „Kulturherbst – gemeinsam erleben“ hin.

Das diesjährige Veranstaltungsprogramm beinhalte rund 170 Veranstaltungen und liege ab circa Ende August in vielen Dienststellen der Verwaltung, den „zentren plus“ und anderen Senioreneinrichtungen aus.

Herr Oberbürgermeister Elbers werde am 15. September um 15 Uhr im Ibach-Saal des Stadtmuseums die Auftaktveranstaltung eröffnen. Sie stehe unter dem Motto „725 Jahre Düsseldorf und Köln – eine Freundschaft der besonderen Art“. Alle Kulturinteressierten seien eingeladen, die Schlacht von Worringen aus Kölner Sicht zu erfahren und sich über Animositäten zwischen Düsseldorf und Köln zu amüsieren. Kinder aus Schulen beider Städte würden Kölsche und Düsseldorfer Lieder singen. Der Eintritt sei frei und eine Anmeldung nicht erforderlich.

Herr Kückemanns berichtet abschließend, dass am 10. Oktober um 14 Uhr eine Jubiläumsfeier anlässlich des 35-jährigen Bestehens des Seniorenbeirates im Plenarsaal des Rathauses stattfinden werde. Neben dem Seniorenbeirat selbst sollen Vertreterinnen und Vertreter der vorherigen Wahlperioden des Gremiums sowie interessierte Seniorinnen und Senioren eingeladen werden. Insgesamt würden circa 200 Personen erwartet. Frau Prof. Dr. Dr. Lehr sei die Hauptreferentin des Tages. Neben ihr sei auch Frau Ministerin Steffens angefragt.

Darüber hinaus erwähnt Herr Kückemanns, dass am 20. September die nächste Sitzung stattfinden werde. Das Thema laute „Erben und Vererben“. Als Referent sei Rechtsanwalt Dr. Wardemann eingeladen.

## **6. „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ Aktionsplan der Landesregierung zur Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention**

Herr Dr. Mühlen führt in das Thema ein.

Er hält fest, dass die Gleichbehandlung aller Menschen bereits im Grundgesetz verankert sei. Die UN-Behindertenrechtskonvention sei im Jahr 2009 von der Bundesregierung verabschiedet worden. Das Wort „Inklusion“ sei seitdem zu einer Art „Zauberwort“ geworden. Häufig stelle sich jedoch die Frage der Finanzierung der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Der Arbeitskreis Dialog habe sich dieses Themas angenommen und für die heutige Sitzung drei Referentinnen finden können, die das Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln erläutern.

Frau Niedermüller dankt für die Einladung zur Sitzung und berichtet, dass sie seit circa drei Jahren im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW mit der Vorbereitung und Umsetzung des Aktionsplans der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention befasst sei.

Sie stellt Zielsetzungen, Laufzeit, Aktionsfelder und Maßnahmen des Aktionsplans mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

Sie macht hierbei deutlich, dass manchen involvierten Akteurinnen und Akteuren des Aktionsplans zunächst gar nicht bewusst gewesen sei, in wie weit ihre Arbeit und Funktion Berührung mit dem Thema „Inklusion“ haben könne. Hier habe die gemeinsame Vorbereitung des Aktionsplanes die Sensibilität für das Thema gesteigert. Die Betroffenen selbst wüssten meist am Besten, in welchen Bereichen Handlungsbedarf bestünde. Aus diesem Grund seien nicht nur Fachleute an der Vorbereitung des Aktionsplans beteiligt worden, sondern auch die Betroffenenverbände.

Auf Landesebene sei ein dauerhafter Inklusionsbeirat mit circa 60 teilnehmenden Organisationen eingerichtet worden, der circa zwei Mal im Jahr tagt und aus Vertreterinnen und Vertretern von zum Beispiel Arbeitgebern, Wohnungswirtschaft, Unternehmen und Betroffenen, Sozialverbänden, den Kommunen und so weiter bestehe. Darüber hinaus gebe es Fachbeiräte zu Schwerpunktthemen wie „Barrierefreiheit“, „Zugänglichkeit und Wohnen“, „Arbeit und Qualifizierung“, „Partizipation“ oder „Schulische Bildung“.

Frau Niedermüller macht darauf aufmerksam, dass Inklusion alle Lebensbereiche betreffe und nur eine schrittweise Umsetzung der Ziele realistisch sei. Allerdings solle sofort damit angefangen werden. Sie appelliert an die Wirkung aller als Multiplikatoren und an eine Öffnung des Bewusstseins für die Problematik.

Im Anschluss an ihren Vortrag beantwortet die Referentin Fragen aus dem Plenum.

Hierbei macht sie deutlich, dass sie zur genauen Höhe der 2014 für Inklusion vorgesehenen Haushaltsmittel keine Angaben machen könne. Der Haushalt werde derzeit noch beraten. Außerdem sei es so, dass in manchen Haushaltsposten, wie zum Beispiel der Wohnraumförderung unter anderem auch Mittel für Inklusion von Menschen mit Behinderungen beinhaltet seien, ohne dass diese explizit herausgerechnet werden könnten. Wichtig sei, alle Mittel verantwortungsvoll zu nutzen.

Einzelne Mitglieder des Seniorenbeirates machen mit unterschiedlichen Beispielen auf die Bedeutung des Themas aufmerksam und unterstützen die Referentin in der These, dass auf vielen Ebenen ein verbessertes Miteinander geschaffen werden müsse und ein verändertes Bewusstsein in der Bevölkerung bereits von großem Nutzen sein könne.

Frau Niedermüller weist auf Nachfrage auch auf die Zuständigkeit des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen (MGEPA) hin. Es befasse sich ausführlicher mit den Belangen für Seniorinnen und Senioren und dementsprechend auch mit von Inklusion betroffenen seniorenrelevanten Einzelthemen, als das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales dies könne.

Auf Nachfrage zitiert Frau Niedermüller zudem einen beispielhaften Satz der UN-Behindertenrechtskonvention, aus dem sich ableiten lässt, dass Inklusion alle Lebensbereiche umfasst. Sie hält außerdem fest, dass jedem Betroffenen letztlich selbst überlassen sei, ob und welche auf Inklusion zurückzuführende Angebote er/sie annehme. Denn Selbstbestimmung und Entscheidungsfreiheit seien Kernelemente der UN-Behindertenrechtskonvention. Der Staat müsse aber inklusive Angebote schaffen und, falls erforderlich, auch die Betroffenen zu deren Nutzung ermutigen. Zur Frage des gemeinschaftlichen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderungen verweist sie auf die Entscheidungsfreiheit der Eltern und die Lage des jeweiligen Einzelfalls. Grundsätzlich bewertet sie die Idee jedoch positiv.

Herr Beigeordneter Hintzsche macht abschließend deutlich, dass „Inklusion“ ein langer Weg sei und die oftmals hergestellte Fokussierung auf den Schulbereich ein unzureichendes Bild der Thematik wiedergebe. Frau Niedermüller habe gezeigt, wie viele Lebensbereiche das Thema „Inklusion“ umfasse. Der Inklusionsbegriff sei kein Behindertenbegriff. Das Wort „Behinderung“ werde im Kontext sogar gar nicht genannt.

Er zitiert die offizielle Definition der Deutschen UNESCO-Kommission zum Begriff „Inklusive Bildung“: „Inklusive Bildung bedeutet, dass allen Menschen – unabhängig von Geschlecht, Religion, ethnischer Zugehörigkeit, besonderen Lernbedürfnissen, sozialen oder ökonomischen Voraussetzungen – die gleichen Möglichkeiten offen stehen, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und ihre Potenziale zu entwickeln. Nicht der Lernende muss sich in ein bestehendes System integrieren, sondern das Bildungssystem muss die Bedürfnisse aller Lernenden berücksichtigen und sich an sie anpassen.“

Auch einen Hinweis, wie ein Schulsystem gestaltet werden müsse, gebe es demnach ausdrücklich nicht. Jedes Bundesland müsse den Begriff selbst ausfüllen.

Herr Kückemanns dankt Herrn Beigeordneten Hintzsche für die Erläuterung sowie Frau Niedermüller für den Vortrag und erteilt Frau Kaufmann das Wort.

## **7 Kommunale Sozialberichterstattung: Bericht zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderung in Düsseldorf**

Frau Kaufmann bedankt sich für die Einladung und stellt im Rahmen der Kommunalen Sozialberichterstattung den fünften Bericht zur Thematik der Lebenssituation von Menschen mit Behinderung in Düsseldorf vor.

Ihr Vortrag gliedert sich in einen statistischen Überblick und Angaben zu Lebenssituationen und Angeboten. Er ist dem Protokoll als Anlage 3 beigefügt.

Die Referentin zeigt unter anderem auf, welche Formen schwerster Behinderungen zu welchem Prozentsatz innerhalb der Bevölkerung bekannt seien, welche Merkmale im Schwerbehindertenausweis am häufigsten vorkämen, wie viele Kinder mit Anspruch auf Frühförderung bekannt seien, wie hoch die Beschäftigungsquoten schwerbehinderter Menschen seien und wie hoch der prozentuale Anteil schwerbehinderter Arbeitsloser an allen Arbeitslosen sei.

Die Mitglieder des Seniorenbeirates gehen davon aus, dass die „Untererfassung“ bei den Schwerbehinderten mit Migrationshintergrund durch deren Rückkehr in ihre Heimatländer zustande komme. Der Gang zu Behörden falle diesen Personengruppen oft schwerer als alteingesessenen Bürgerinnen und Bürgern.

Auf Nachfrage nach der Bedeutung des Merkmals „H“ im Schwerbehindertenausweis liefert Herr Beigeordneter Hintzsche folgende Definition:

Derjenige ist als "hilflos" anzusehen, der infolge seiner Behinderungen nicht nur vorübergehend für eine Reihe von häufig und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen zur Sicherung seiner persönlichen Existenz im Ablauf eines jeden Tages fremder Hilfe dauernd bedarf. Als "nicht nur vorübergehend" gilt ein Zeitraum von mehr als sechs Monaten. "Häufig und regelmäßig" wiederkehrende Verrichtungen zur Sicherung der persönlichen Existenz im Ablauf eines jeden Tages sind insbesondere An- und Auskleiden, Nahrungsaufnahme, Körperpflege, Verrichtungen der Notdurft. Außerdem sind notwendige körperliche Bewegung, geistige Anregung und Möglichkeiten zur Kommunikation zu berücksichtigen.

Herr Kückemanns bedankt sich bei Herrn Beigeordneten Hintzsche und Frau Kaufmann und erteilt Frau Giersch das Wort.

## **8. Maßnahmen zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung, hier: Stand und Ergebnisse 2012**

Frau Giersch bedankt sich bei Herrn Kückemanns.

Einleitend erläutert sie die Piktogramme der „Nationalen Koordinationsstelle Tourismus für Alle e. V.“ (NatKo e. V.). Sie seien gebührenfrei verwendbar und würden aktuell auch seitens der Düsseldorfer Marketing und Tourismus GmbH für die Broschüre „Düsseldorf barrierefrei erleben“ genutzt.

Zur Einführung in das Thema zitiert sie Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes und weist auf die UN-Behindertenrechtskonvention, die Behindertengleichstellungsgesetze des Bundes und des Landes NRW (BGG NRW) hin.

Eine Dienstanweisung zur Umsetzung des BGG NRW regelt unter anderem die verwaltungsinterne Umsetzung des Gesetzes. Bei der Stadt Düsseldorf befindet sich in der Abteilung für Senioren, Behinderte und Pflegebedürftige eine entsprechende zentrale Stelle „Behindertenkoordination“, welche ein Mal jährlich einen Bericht erstelle. Der Bericht enthalte Informationen aus den verschiedenen Organisationsbereichen. So seien Aussagen zu Kooperationen der Behindertenkoordination, zur Teilnahme an Veranstaltungen und Fortbildungen, zur Öffentlichkeitsarbeit im Berichtsjahr 2012 und ein Ausblick auf das Jahr 2013 genannt.

Weitere Themen seien die Verbesserung der Zugänglichkeit durch kleine und mittlere Baumaßnahmen in zahlreichen Dienststellen, intensive Abstimmungen zu den Projekten zur Umgestaltung des Kö-Bogens, des Hafens, des Oberbilker Marktes und der Altstadt, Maßnahmen an Bus- und Bahnhofstestellen und Barrierefreiheit bei der Nahverkehrsplanung und der Wehrhahnlinie.

Frau Giersch berichtet, dass der Beirat zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung den Bericht in seiner Sitzung vom 15. Juli 2013 positiv zur Kenntnis genommen habe. Der Bericht sowie mögliche Ergänzungen sollen außerdem dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales und dem Rat vorgestellt werden.

Die Folienpräsentation ist dem Protokoll als Anlage 4 beigefügt.

Frau Giersch sichert zu, mögliche Rückmeldungen zum Bericht in die Vorlage einarbeiten zu lassen und diese in der September-Sitzung zur Verfügung zu stellen.

Herr Kückemanns bedankt sich bei Frau Giersch und hofft, dass das Thema auch in den Folgejahren weiter verfolgt wird.

## **9. Berichte aus den Stadtbezirken und Arbeitskreisen**

### **Stadtbezirk 1**

Frau Utke berichtet, dass die Stadtbezirkskonferenz einen Wegweiser für Ältere und Junggebliebene herausgebracht habe, der unter anderem im „zentrum plus“ an der Kasernenstraße erhältlich sei.

Sie berichtet außerdem, dass derzeit mehr Bahnen als gewöhnlich über die Duisburger Straße führen. Dies hänge mit den Umleitungen aufgrund der Bauarbeiten zur Wehrhahnlinie zusammen. Die Bezirksvertretung 1 plane weitere Ruheinseln auf der Duisburger Straße, um der hohen Frequentierung gerecht zu werden.

Das Dieterich-Karree sei gründlich saniert worden. Die Bezirksvertretung setze sich dafür ein, dort demnächst auch eine Toilette einzubauen.

Eine Straße mit fünf Einmündungen im Stadtbezirk sei oft zugeparkt. Zudem seien kaum abgesenkte Bordsteine vorhanden. Die Bezirksvertretung werde sich auch

hier ein Bild von der Lage machen.

Frau Utke habe beim Arbeitskreis Sicherheit und Verkehr angeregt, an allen Haltestellen der Linie 706 elektronische Hinweistafeln für die Abfahrtszeiten zu installieren.

Die evangelischen Kirchengemeinden hätten ein Programm mit acht Veranstaltungspunkten zum Thema „Demenz“ erarbeitet. Eine zentrale öffentliche Veranstaltung mit dem Titel „Aktionstag Demenz – mittendrin“ finde am 12. September im „zentrum *plus*“ in der Klever Straße statt.

Am Grabbeplatz (K20/Trinkaus-Auditorium) finde am 19. September eine Auftaktveranstaltung zu einem wissenschaftlichen Kongress zum Thema „Demographischer Wandel als Chance und Herausforderung, dargestellt am Beispiel der Stadt Düsseldorf“ statt. Eine Anmeldung sei erforderlich.

Sie appelliert an den Arbeitskreis Gesundheit und Pflege, die Heimbeiräte stärker zu beraten. Darüber hinaus schlägt sie vor, dass das Referat zum Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) aus der Pflegekonferenz am 8. Mai auch in einer Sitzung des Seniorenbeirates gehalten werden solle. Eine Absprache mit Herrn Burkert werde sie entsprechend mit der Geschäftsstelle abstimmen.

Herr Dr. Mühlen berichtet, dass für das Grundstück an der Witzelstraße / Ecke Moorenstraße nun Bauvoranfragen gestellt werden dürften. Wann Baubeginn für die 40 Wohneinheiten sein könne, sei noch unklar.

Das Grundstück Bachstraße / Bilker Allee werde derzeit als Bauplatz für die Wehrhahnlinie genutzt. Aus seiner Sicht würde es sich für ein Bauprojekt für ältere Menschen anbieten.

## **Stadtbezirk 2**

Herr Meier berichtet aus dem Arbeitskreis „Sicherheit und Verkehr“. Er habe eine Zusage der Feuerwehr für einen Vortrag zum Thema „Brandschutz und Rauchmelder“.

## **Stadtbezirk 6**

Frau Sader berichtet, dass sie die Baustelle des Seniorenzentrums an der Rotdornstraße in Rath besucht habe. Die Gestaltung finde reges Interesse bei den Anwohnern. Vom errichteten Schallschutz würde die gesamte Nachbarschaft profitieren. Die Nachfrage nach freien Plätzen in der stationären Einrichtung sei weiterhin hoch. Frau Sader hat den Eindruck, dass in der Nähe des „zentrum *plus*“ eine Tagespflege eingerichtet werde. Nähere Informationen lägen noch nicht vor.

## **Stadtbezirk 10**

Frau Werres berichtet, dass das gute Ergebnis des Forschungsprojektes „SORAQ“ (Soziale Ressourcen für altersgerechte Quartiere) unter der Leitung von Herrn Professor Dr. Knopp und Frau van Riessen in Garath vorgestellt worden sei. Es handele sich um die Ergebnisse der Befragung älterer Menschen im Stadtbezirk durch Studentinnen und Studenten der Fachhochschule. Mehr als 2/3 der Befragten sei 70 Jahre und älter gewesen. Drei von vier Personen hätten angegeben, sich eng mit ihrem Stadtteil verbunden zu fühlen. Gelobt worden sei die gute Nachbarschaft und Infrastruktur. Die Zeitung habe über das Projekt berichtet. Zudem seien die Ergebnisse im Rahmen der Stadtbezirkskonferenz am 17. Juli vorgestellt worden.

## 10. Bericht aus der Landesseniorenvertretung

Frau Sader wendet sich besonders an die erschienenen Gäste und berichtet, dass die aus der Landesseniorenvertretung hervorgegangene „Landesstelle Pflegende Angehörige“ ein kostenloses Pflegetagebuch herausgegeben habe. Angehörige könnten notieren, wie viel und welche Hilfen sie jeden Tag leisten. Dies könne wichtig für die Beantragung von Kostenübernahme oder Anerkennung einer Pflegestufe sein. Das Pflegetagebuch könne montags bis freitags zwischen 10 und 12 Uhr unter der gebührenfreien Telefonnummer (0800) 2 20 44 00 bestellt werden. Eine Bestellung könne unter der E-mail-Adresse info@LPFA-NRW.de erfolgen.

## 11. Verschiedenes

Frau Lucas berichtet von ihren positiven Erfahrungen mit der einheitlichen Behördennummer „115“.

### Bürgerfragerunde

Eine Bürgerin übt Kritik an der zunehmenden Anzahl von Radfahrern auf Gehwegen.

Herr Meier berichtet, dass er die Polizei bereits auf diese Problematik angesprochen habe und verstärkte Kontrollen zu erwarten seien. Herr Angermann berichtet von bereits durchgeführten Kontrollen seitens der Polizei vor den Bilker Arcaden.

Frau Utke weist in diesem Zusammenhang auf den gefährlichen Zustand mancher Straßen im Stadtgebiet hin und rät Radfahrern, die den Gehweg benutzen, zu persönlicher Ansprache anstelle der Benutzung der Fahrradklingel. Sie weist darauf hin, dass am 3. September beim „zentrum plus“ an der Blumenthalstraße ein Fahrradtraining mit Herrn Tabath von der Polizei stattfindet.

Frau Sader schlägt als Lösung vor, Fahrräder mit Nummernschildern zu versehen, um auch im Nachhinein Sanktionen aussprechen zu können.

Herr Kückemanns dankt für die rege Teilnahme und schließt die Sitzung.

**Ende der Sitzung: 12.15 Uhr**

**Nächste Sitzung: 20. September 2013**

Friedhelm Kückemanns  
Vorsitzender des  
Seniorenbeirates

Burkhard Hintzsche  
Beigeordneter

Katja Strathen-Neuhäuser  
Schriftführerin

### Anlagen

- Anlage 1 Der Seniorenbeirat informiert
- Anlage 2 „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“
- Anlage 3 Lebenssituation von Menschen mit Behinderung in Düsseldorf
- Anlage 4 Maßnahmen zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung

